

Zur weltgeschichtlichen
Verwandlung einer Region
und das Ringen in Syrien

Erfolge und Misserfolge der Arabellion

Wolfgang Günter Lerch

*„Die Weltgeschichte haben wir
nach ihrem Endzwecke zu betrachten;
dieser Endzweck ist das,
was in der Welt gewollt wird.“*

(Georg Wilhelm Friedrich Hegel)

Zu Beginn des zweiten Jahres der Arabellion, der arabischen Revolution, stellt sich die Lage einigermaßen unübersichtlich dar: Während in Nordafrika erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen Ordnung zu verzeichnen sind, stagniert die Entwicklung in der Region östlich von Ägypten, sieht man von Syrien und mit Einschränkungen vom Jemen einmal ab. Skeptische Beobachter sprechen – etwa bezogen auf Ägypten – gelegentlich schon von einem Scheitern in Verkennung der Tatsache, dass Entwicklungen von solch historischer Tragweite und Tiefe auch in historischen Dimensionen zu betrachten sind. In einem Land wie Ägypten, dem aufgrund seiner Geschichte und hohen Bevölkerungszahl von 85 Millionen Menschen besondere Bedeutung zukommt, hat sich angesichts der Machtausübung des Militärrats unter der Führung von Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi wieder Pessimismus ausgebreitet, Demonstranten der ersten Stunde forderten seit dem Sommer auf dem Tahrir-Platz mehrfach dessen Rücktritt. Das Ergebnis der ersten freien Parlamentswahl, die mit einem überwältigenden Erfolg für die beiden islamistischen Parteien endete, stimmte viele am 25. Januar 2012, dem Jahrestag der ägyptischen Umwälzung, zusätzlich pessimistisch.

Indessen macht eine weniger von revolutionärem Enthusiasmus gefärbte, nüchtern-rationale Betrachtungsweise deutlich, dass im ersten Jahr der Arabellion schon größere Fortschritte erzielt worden sind, als viele am Anfang dieses Prozesses für möglich gehalten hatten. Zudem sind bisher noch alle Revolutionen anders verlaufen, als ihre Protagonisten sich das vorstellten. Angesichts der räumlichen Ausdehnung der arabischen Welt vom Hohen Atlas bis zum Tigris und einer Bevölkerungszahl von 250 Millionen Menschen wurde jedoch schon viel erreicht: In Tunesien, Libyen und Ägypten wurden die Diktatoren gestürzt, eine politische Neuordnung ist im Gange. In Tunesien und Ägypten ging dies zwar nicht ohne Opfer ab, doch konnte dort – anders als in Libyen – ein regelrechter Bürgerkrieg einschließlich eines militärischen Engagements der NATO vermieden werden. Im scherifischen Königreich von Marokko veranlassten die Unruhen in den Nachbarländern den König Mohamed VI. dazu, weitreichende Pläne für eine „demokratische Monarchie“ zu entwerfen und erste Schritte auf diesem Weg – eine Volksabstimmung über Verfassungsänderungen und Wahlen – zu beschreiten. Lediglich in Algerien, wo seit 1962/63 ebenfalls ein immer sklerotischer werdendes, vom Militär gestütztes System die Macht innehat, schreckt die Erinnerung an den Bürgerkrieg der 1990er-Jahre, bei dem schätzungsweise 130 000 Menschen starben, viele von einer Neuaufgabe politischer Turbulenzen ab. Ge-

gen den tunesischen Diktator Ben Ali wird (in Abwesenheit) ebenso vor Gericht verhandelt wie gegen Husni Mubarak (in Anwesenheit), mögen diese Prozesse auch rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht in allen Punkten genügen.

Nur überzogene Hoffnungen wurden enttäuscht

Stellt man diese Erfolge in Rechnung, so wurden im Wesentlichen nur die Hoffnungen all jener enttäuscht, die kurz nach dem Ausbruch der Arabellion zu viel erwartet hatten – und dies auch noch zu schnell. Bei realistischer Analyse wird man wenigstens zwei Generationen veranschlagen müssen für eine Entwicklung hin zu wirklicher Demokratie, die ja auch in Europa lange gedauert hat, immer vorausgesetzt, dass eine Demokratie westlichen Zuschnitts überhaupt gewollt wird. Die schwierige Entwicklung im Jemen, wo der langjährige Diktator Ali Abdullah Salih zwar formell die Macht abgegeben hat, seine Familie jedoch noch immer an ihr teilhat, vor allem jedoch die blutigen und verstörenden Ereignisse in Syrien, die wohl im Brennpunkt des zweiten Jahres der Arabellion stehen werden, machen die ganze Komplexität und Schwierigkeit des Unterfangens deutlich. Bewahrheitet hat sich die Vorhersage, dass die Entwicklung in allen Ländern, die von der Arabellion betroffen sind, ganz unterschiedlich ablaufen werde. Und aus den Umstürzen in den einzelnen Ländern ist keine übergreifende „panarabische Revolution“ geworden. Der Panarabismus ist und bleibt tot.

Am weitesten ist wohl Tunesien. Dort hat nach dem Abgang Zine al-Abidine Ben Alis die Übergangsregierung unter Beji Caid Essebsi es ohne nennenswerte Verwerfungen geschafft, am 23. Oktober 2011 eine verfassunggebende Versammlung (*constituante*) wählen zu lassen. Für viele im Ausland unerwartet, wurde die unter Ben Ali verfolgte islamisch-inte-

gristische Partei *Ennahda* (Renaissance) stärkste Kraft. Sie stellt nun mit dem dieser Partei entstammenden Hamadi Jebali den Ministerpräsidenten. In der Person Moncef Marzoukis hingegen repräsentiert ein ehemaliger Menschenrechtler und ausgesprochen linker Säkularist als Staatspräsident das kleine Land mit seinen zehn Millionen Einwohnern. Mustafa Ben Jaafar von der sozialdemokratisch orientierten Partei *Ettakatol* vervollständigt als Parlamentspräsident das neue Führungstriumvirat. Mit dieser Teilung der Macht zwischen dezidiert islamischen und stärker weltlichen Kräften scheint Tunesien gut gerüstet zu sein für die Bewältigung der kommenden Aufgaben: aus der interimistischen Ordnung eine dauerhafte und endgültig demokratische zu machen. Das Militär hat den Prozess des Übergangs, anders als in Ägypten, nicht maßgeblich zu beeinflussen versucht.

Volatile Lage in Libyen

In Libyen hat seit August des vorigen Jahres, endgültig jedoch erst seit dem gewaltsamen Tod Muammar al-Gaddafis am 20. Oktober 2011 der Nationale Übergangsrat die Macht inne. Die Libyer haben für ihre Befreiung den mit Abstand höchsten Blutzoll gezahlt, und man kann bezweifeln, dass sie ohne die Luftangriffe der NATO, die unter anderem durch die Zustimmung der Arabischen Liga möglich geworden waren, überhaupt Erfolg gehabt hätten. Der Befreiungskrieg soll 30 000 Menschenleben gefordert haben. Für dieses Jahr sind nun ebenfalls Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung vorgesehen, ein entsprechendes Gesetz wurde unter Leitung des neuen Ministerpräsidenten Abdurrahim al-Keib Ende Januar 2012 verabschiedet. Dabei wurde beschlossen, dass auf den Wahllisten die Hälfte der Kandidaten weiblich sein müsse. Dies widerspricht Befürchtungen, Libyen werde nach seiner Befrei-

ung ein reiner Scharia-Staat werden. Freilich werden die Libyer keine Gesetze erlassen, die im Widerspruch zu den Werten ihrer arabisch-islamischen Kultur stehen. Dies gilt auch für die anderen Länder.

Die Neuordnung Libyens dürfte sich ungleich schwieriger gestalten als diejenige Tunesiens oder auch Ägyptens. Obwohl auch in Libyen der Einfluss der Stämme schwächer geworden ist, spielen deren Rivalitäten im Kampf um die Verteilung der Macht noch immer eine große Rolle. Ebenso die Konkurrenz zwischen Bewohnern der Cyrenaika und Tripolitaniens (weniger des recht dünn besiedelten Fezzan im Südwesten des Landes). Die Revolution nahm von Benghazi in der Cyrenaika ihren Ausgang und sprang erst dann nach Tripolitaniens über. Diese Kräfte beanspruchen einen besonderen Einfluss auf die neue Ordnung, ebenso jene berberischen Gaddafi-Gegner, die vom Dschebel Nafusa aus durch ihr militärisches Engagement für den endgültigen Sieg der Aufständischen sorgten. Der Osten Libyens, dort, wo auch die Monarchie unter König Idris I. (1951 bis 1969) ihr Zentrum hatte, ist islamischer, auch fundamentalistischer geprägt als der Westen. Die ägyptischen Muslimbrüder unterstützten diese Aufständischen. Um die Macht ringen jedoch auch ehemalige Kader aus der Gaddafi-Ära, die sich früher oder später vom „Bruder Oberst“ abgesetzt hatten und zu den Aufständischen übergelaufen waren. Wie stark die inneren Spannungen sind, zeigte die Ermordung von General Abdel Fattah Junis, der die Armee der Rebellen befehligte; dies hinderte jedoch eine revolutionäre Brigade nicht daran, diesen ehemaligen Mann Gaddafis zu ermorden. Auch in Zukunft könnte noch manche Rechnung beglichen werden.

Wie volatil die Situation ist, wurde auch Ende Januar 2012 sichtbar, als sich in der Ortschaft Bani Walid südöstlich von

Tripolis die Gaddafi-treuen Kräfte wieder regten. Diese Stadt hatte zusammen mit Sirte, dem Geburtsort des Diktators, bis zuletzt zu Gaddafi gehalten, der schließlich am 20. Oktober 2011 getötet worden war. Dass die alten Seilschaften wieder erstarben werden, ist ziemlich unwahrscheinlich; doch sind Besorgnisse über einen möglichen Widerstand alter Gaddafi-Anhänger nicht ganz von der Hand zu weisen. Dies wird auch davon abhängen, wie sich jene Teile der Familie, die sich nach Niger und Algerien ins Exil retten konnten, verhalten werden. Dem im Südwesten Libyens bei Edeyen Aubari festgesetzten Gaddafi-Sohn Saif al-Islam wird wohl der Prozess gemacht werden.

Ägypten – ein gespaltenes Land

Mehr noch als in Tunesien ist in Ägypten deutlich geworden, dass der Islam in Zukunft in Staat und Gesellschaft eine noch bedeutendere Stellung einnehmen wird. Auch wenn die Arabellion keine islamische Revolution ist, so haben doch die islamischen bis islamistischen Gruppierungen und Parteien von ihr bis heute besonders stark profitiert. In Ägypten waren die Muslimbrüder erst auf den Zug der Revolution aufgesprungen, als er nicht mehr zu bremsen war; es zeigte sich, dass sie am besten von allen oppositionellen Gruppen organisiert waren. So waren sie – auch ohne einen charismatischen Führer – den säkularen Kräften überlegen, die jedoch gleichfalls bis heute keine rhetorisch begabte und mitreißende Persönlichkeit hervorgebracht haben. Auch der Friedensnobelpreisträger Mohammed El-Baradei kann das wohl nicht leisten.

Schon im Sommer 2011 äußerten die Protagonisten der Tahrir-Bewegung ihre Ablehnung der Militärherrschaft und verlangten den Rückzug des Militärates von der Macht. Bis heute ist der Tahrir-Platz im Zentrum der 21-Millionen-Metropole Kairo das kräftig schlagende Herz

der Revolution, daher auch immer wieder Schauplatz von Demonstrationen. Insbesondere Tantawi ist für viele vom Hoffnungsträger zum Hassobjekt geworden. Doch das Militär wird das Feld nicht so schnell räumen, denn dies würde auch bedeuten, dass es einen großen Teil seiner Privilegien verlieren würde. Wie nervös das Militär angesichts der unübersichtlichen Verhältnisse ist, machte sein überraschendes und nicht akzeptables Vorgehen gegen Nichtregierungsorganisationen, insbesondere gegen die Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) seit Ende Dezember 2011, deutlich, das für Empörung außerhalb Ägyptens sorgte.

Der wichtigste Schritt bei der Neuordnung des Landes waren die Parlamentswahlen, die seit dem 28. November bis zum 10. Januar in drei Schritten abgehalten wurden, und zwar in jeweils neun der insgesamt 27 Provinzen (*muhafazat*) Ägyptens. Diese Wahlen wurden schon deshalb mit Spannung erwartet, weil sie erstmals seit Jahrzehnten Aufschluss über die wahren politischen Verhältnisse geben konnten. Ihr Ausgang kam nicht unerwartet, denn dass die Muslimbrüder mit ihrer Partei für Freiheit und Gerechtigkeit bei unbehinderten oder nicht manipulierten Wahlen siegen würden (sie erhielten 47 Prozent der Stimmen), war immer klar gewesen. Allenfalls überraschte das gute Ergebnis der salafistischen Partei des Lichts, die vor den Wahlen durch Forderungen aufgefallen war, wie man sie sonst nur aus einigen „Gottesstaaten“ kennt: getrennte Strände für Ägypter und Touristen, Verhüllung der Pharaonen-Statuen und Ähnliches mehr. Die Wahlen zur Schura, die nur beratende Funktion hat, bestätigten insgesamt das Resultat der Parlamentswahlen.

Dass die Islamisten zusammen mehr als zwei Drittel der Parlamentsmandate errangen, weckt unter Säkularisten und auch vielen Intellektuellen große Sorge

um die Offenheit Ägyptens, das seit etwa 150 Jahren auch vom Tourismus lebt. Anders als die Salafisten, die auf den Dörfern schon einen großen Druck ausüben, haben sich die Muslimbrüder in den vergangenen Jahren merklich gemäßig und auch angekündigt, sie würden auf die säkularen Parteien zugehen. Die Muslimbrüder, 1928 gegründet, haben einen langen Weg vom Terrorismus zur Parlamentsmehrheit zurückgelegt. In der Vergangenheit waren sie illegal, wurden jedoch geduldet; das Pfund, mit dem sie wucherten, war vor allem die Sozialarbeit unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung. Sie sprangen dort ein, wo der Staat, korrupt und unfähig, meistens versagte. Nun allerdings müssen sie in der Regierungsarbeit beweisen, dass sie auch regieren können und nicht nur opponieren. Zu ihren Aufgaben wird auch gehören, den von Saudi-Arabien inspirierten Salafisten mit ihren radikalen religiösen Forderungen entgegenzutreten. Zudem ist die wirtschaftliche Situation Ägyptens so angespannt, dass man sich momentan schwer vorstellen kann, mit welchen Mitteln die neue Führung des Landes sie positiv verändern möchte.

Bezogen auf den Friedensvertrag, den Ägypten seit dem Treffen in Camp David 1979 mit Israel hat, wird es wohl keine radikale Wende zurück geben, doch der Kurs gegenüber Israel wird zunehmend schärfer werden. Dies ist sogar im Sinne des größten Teils der ägyptischen Bevölkerung. Diese zeigt sich im zweiten Jahr der Arabellion gespalten: Während das – im weitesten Sinne verstanden – „Tahrir-Lager“ zügig für weitere Reformen eintritt und vor allem das Ende der Militärherrschaft verlangt, plädiert ein anderer Teil für ein Innehalten und möchte, dass vor allem die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und die Sicherheitslage sich verbessert. Der blutige Vorfall im Fußballstadion von Port Said am 1. Februar machte deutlich, wie blank die Ner-

ven liegen und wie mit der labilen Sicherheitslage auch Politik gemacht wird. Im Sommer stehen Präsidentenwahlen an.

Bürgerkrieg in Syrien

In Syrien dauert die Auseinandersetzung zwischen Aufständischen und dem seit 1963 herrschenden Baath-Regime nun schon über elf Monate. Aus anfänglichen Demonstrationen im südsyrischen Daraa und anderen Städten des Landes gegen die Herrschaft Baschar al-Assads ist zuerst ein Aufstand, schließlich ein Bürgerkrieg geworden, den auch eine mit viel Aufwand betriebene, freilich von Beginn an umstrittene Beobachtermission der Arabischen Liga nicht verhindern konnte. Die Auseinandersetzung eskaliert von Monat zu Monat, die Kämpfe und der Terror haben neben Homs, Hama, Deir ez Zor und vielen anderen Städten zuletzt auch die Hauptstadt Damaskus erreicht. Gegner sind der Nationale Übergangsrat, die aus Deserteuren bestehende „Freie Syrische Armee“ auf der einen Seite und das von der schiitisch-heterodoxen Alawiten-Gemeinschaft, welcher Präsident Baschar al-Assad und sein Clan entstammen, und den zwölf Geheimdiensten getragene Regime der Baath-Partei auf der anderen. Assad hat seinen Ruf als Reformier schon früh verspielt, sodass ihm und seinen Zusagen viele nicht mehr vertrauen. Allerdings fällt auf, dass ihn – neben seiner Religionsgemeinschaft – gerade die religiösen Minderheiten, die Christen (etwa zehn Prozent), die Drusen und andere, noch immer unterstützen. Sie konnten unter den beiden Assads, Vater und Sohn, ihr Gemeindeleben ungestörter führen als in anderen Ländern der Region. Die politische Repression freilich war ungleich stärker als unter Mubarak in Ägypten.

Die Arabische Liga versuchte im Zusammenspiel mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und dem Westen, Assad zu einer Übertragung der Macht

auf seinen Stellvertreter, den langjährigen Außenminister Faruk al-Scharaa, zu bewegen. Doch Assad konnte sich bis jetzt auf die Hilfe nicht nur Chinas, sondern insbesondere Russlands verlassen, das seinem alten Verbündeten im Nahen Osten zumindest bis jetzt fast bedingungslos half und ihn auch mit Waffen belieferte. Unterstützt wird Damaskus auch von dem Regime in Teheran, eine Zweckallianz, die mit der Anti-Israel-Front im Nahen Osten zusammenhängt.

Dies alles neben dem Druck der Familie und der Kader, die vom Regime profitierten, lässt Assad glauben, er könne dem Ansturm der Opposition standhalten. Sein brutales Vorgehen auch gegen Zivilisten hat ihn die Sympathien vieler gekostet, die einmal für ihn waren; die Zahl der Todesopfer lag Anfang Februar zwischen 5000 und 6000. Zerrüttet ist das Verhältnis zwischen Syrien und der Türkei, das bis zum Ausbruch der Unruhen freundschaftlich geprägt war; doch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan fühlte sich von Assad mehrfach auch persönlich hintergangen und unterstützt nun die oppositionellen Kräfte.

Das Ringen in Syrien steht im Mittelpunkt dieser Phase der arabischen Revolution. Von seinem Ausgang wird abhängen, ob sich die weltgeschichtliche Verwandlung einer Region kontinuierlich fortsetzt oder ins Stocken gerät. Anders als Libyen gehört Syrien zu den besonders wichtigen Ländern der nahöstlichen Hemisphäre mit einer bedeutenden Geschichte im Hintergrund; und seine politisch-strategische Bedeutung für eine Befriedung des Nahen Ostens ist kaum zu überschätzen. Die gegen das Land verhängten Sanktionen beginnen schon zu wirken, doch sollte man den Überlebenswillen des Alawiten-Regimes in Damaskus nicht unterschätzen.

In den konservativen Monarchien der Arabischen Halbinsel, allen voran Saudi-

Arabien, zeigte die Arabellion bis jetzt kaum Wirkung.

Die große Ausnahme bildet Bahrain, wo das sunnitische Herrscherhaus der Al Khalifa den Aufruhr schon im vergangenen Frühjahr mit saudischer Hilfe so brutal erstickte, dass an eine Wiederauflage in ähnlicher Intensität zumindest einstweilen nicht zu denken ist. Doch der Funke glimmt auch dort weiter. Wenn es den Al Khalifa nicht gelingt, die schiitische Bevölkerungsmehrheit von rund siebenzig Prozent endlich auf demokratischere Weise an den Geschicken des Landes teilhaben zu lassen, wird das Land auf Dauer nicht ruhig bleiben.

Scheckbuchpolitik auf der Halbinsel

In Saudi-Arabien, wo ebenfalls die schiitische Bevölkerung, vornehmlich im östlichen Osten des Landes, in der Provinz al-Hasa, ein Unruhepotenzial darstellt, haben sich die Ölprinzen mit dem Scheckbuch einstweilen Ruhe erkaufte. Ähnliches gilt für Kuwait und Oman, wo die Unruhen allerdings über das Stadium vereinzelter Demonstrationen nicht hinausgekommen sind. Demonstrationen in Kuwait unmittelbar vor den Parlamentswahlen hatten Stammesauseinandersetzungen als Ursache. Der in diesen Ländern herrschende Wohlstand verhindert offenbar, im Zusammenspiel mit althergebrachten beduinischen Traditionen, die den Herrscher nicht als modernen Autokraten, sondern eher als *Primus inter Pares* ansehen, dass aus gelegentlichen sozialen Problemen und politischen Ver-

werfungen eine Explosion wird. Jedenfalls bisher. Allein die Vereinigten Arabischen Emirate (Abu Dhabi, Dubai) sowie Qatar, das sich mehr und mehr zu einer regionalen arabischen Macht mausert, blieben bisher von der Unruhe gänzlich unberührt.

Die Arabische Liga, in der zweiundzwanzig Staaten zusammengeschlossen sind, ist anlässlich der Arabellion aus ihrem jahrelangen Dornröschenschlaf endlich erwacht. Sie macht zu Beginn des zweiten Jahres der arabischen Revolution einen deutlich besseren Eindruck als zuvor, wenn ihre Mittel der Krisenbewältigung auch noch immer begrenzt sind.

Auftakt für dieses Wiedererwachen war das Ringen um die Macht in Libyen, bei dem die Liga recht früh Flagge zeigte und den Diktator Gaddafi fallen ließ. Ihr Plazet zur Einrichtung einer Flugverbotszone half der NATO, die libyschen Rebellen aus der Luft zu unterstützen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Die syrischen Ereignisse freilich machten deutlich, dass der Liga bei dem Versuch, ein so wichtiges Mitgliedsland wie Syrien zu befrieden oder wenigstens zu einer Beruhigung beizutragen, Grenzen gesetzt sind. Neben Ägypten, das seit dem vorigen Jahr in der Person von Nabil al-Arabi den neuen Generalsekretär der Organisation stellt, ist inzwischen das Emirat Katar auch in der Arabischen Liga zu einer führenden und treibenden Kraft avanciert. Die Auseinandersetzung in und um Syrien wird wohl das zweite Jahr der Arabellion dominieren.

Zum Narren gehalten

„Das Regime in Syrien kann niemanden zum Narren halten: Wahllokale zu öffnen und gleichzeitig das Feuer auf Zivilisten zu eröffnen, das ist in den Augen der Welt nicht glaubwürdig.“

Der britische Außenminister William Hague über das umstrittene syrische Verfassungsreferendum am 26. Februar 2012.